

## DEUTSCHE WIRTSCHAFT

### DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK AN DER JAHRESWENDE 1962/63

Der Herbstaufschwung hat zwar in einigen Bereichen, insbesondere im Handel, etwas später als bisher üblich eingesetzt, aber dann doch die von uns im letzten Bericht<sup>1)</sup> angekündigten neuen Produktionsrekorde gebracht. An der konjunkturellen Entwicklung hat sich indessen nichts Wesentliches verändert. Nach wie vor ist die Wirtschaftsentwicklung aufwärts gerichtet, aber das Wachstumstempo bleibt hinter den Produktionsmöglichkeiten zurück.

Daß sich die Gesamtnachfrage weiterhin ausweitete, ist in erster Linie auf die immer noch beträchtlich wachsende Nachfrage der öffentlichen Hand sowie auf die — allerdings in letzter Zeit nicht mehr so stark — zunehmende Nachfrage der privaten Haushalte zurückzuführen. Die stärksten konjunkturellen Impulse gingen auch in den letzten Monaten des Jahres 1962 von der Bautätigkeit aus. Dabei wirkt insbesondere der einmalig hohe Überhang an genehmigten, jedoch noch nicht fertiggestellten Wohnungen stimulierend, während die neu hinzukommende Nachfrage nach Bauleistungen nur noch langsam wächst. Die Nachfrage nach gewerblich-industriellen Bauten ging sogar im Vergleich zum Vorjahr zurück.

Dies ist eine Folge der verringerten Investitionsbereitschaft der Unternehmen, die nicht mehr ausreicht, um neue konjunkturelle Impulse geben und ein weiteres Produktionswachstum bei den Lieferanten von Investitionsgütern gewährleisten zu können. Die Produktionsantriebe gehen in diesem Bereich hauptsächlich von den während des Booms gebildeten Auftragsbeständen aus, die im ganzen immer noch so hoch sind, daß sie zusammen mit der laufenden Nachfrage meist das Halten des bisherigen hohen Produktionsniveaus, verschiedentlich sogar ein leichtes Anwachsen der Produktion ermöglichen. Der Maschinenbau als der wichtigste Lieferant von Ausrüstungsgütern hat allerdings seit Monaten Produktionsrückgänge zu verzeichnen; neben dem unbefriedigenden Inlandsgeschäft wirkte sich hier der Rückgang der Auslandsaufträge aus. Insgesamt ist die Nachfrage aus dem Ausland unverändert gedämpft, ein grundsätzlicher Wandel scheint sich trotz relativ guter Oktoberergebnisse noch nicht anzubahnen. Auf dem Arbeitsmarkt wird schließlich erstmals seit 1960 eine leichte Entspannung erkennbar, wenngleich auch der Arbeitskräftemangel damit noch nicht behoben ist.

### *Realer Sozialproduktionszuwachs von 3,5 vH*

Nach ersten vorläufigen Schätzungen<sup>2)</sup> ist von den Bewohnern der Bundesrepublik (ohne Westberlin) im gerade abgelaufenen Jahre 1962 ein Bruttosozialprodukt von 334 bis 335 Md. DM erarbeitet worden. Rechnet man Westberlin hinzu, dann ergibt sich ein Bruttosozialprodukt von 348 bis 349 Md. D-Mark. Die Zuwachsrate liegt zwischen 7,5 und 8 vH. Allerdings beruht gut die Hälfte des Zuwachses nicht auf einer Leistungssteigerung, sondern auf dem Anstieg der Preise. *Real*, d. h. bei Ausscheidung der Preiserhöhungen, ist das Bruttosozialprodukt nur um etwa 3,7 vH angestiegen. Noch im vorigen Jahr betrug die reale Zuwachsrate 5,3 vH, und 1960 war sie sogar mit 8,8 vH zweieinhalbmal so groß. Das Wachstum des Sozialprodukts ist ausschließlich auf den gleichzeitigen Anstieg der Produktivität zurückzuführen, durch den darüber hinaus eine Verkürzung der Arbeitszeit teilweise kompensiert wurde. Denn die Zahl der abhängig Beschäftigten stieg nur noch um 1 bis 1,5 vH im Jahresdurchschnitt, und diese Zunahme reichte zum Ausgleich der Arbeitszeitverkürzung nicht aus. Die Arbeitszeitverkürzung ist übrigens nur zum Teil die Folge tariflicher Vereinbarungen, zum anderen Teil ist sie dadurch entstanden, daß wir 1962 mehr Feiertage hatten als 1961.

Im größten Wirtschaftsbereich, in der *Industrie*, dürfte die Produktionsleistung im Jahre 1962 um rund 4,3 vH größer gewesen sein als im Jahre 1961. Auch hier ist die Zuwachsrate zurückgegangen; 1961 betrug sie nämlich 6,1 vH und 1960 sogar 10,5 vH.

### *Nochmalige Abschwächung im Jahre 1963 erwartet*

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung rechnet damit, daß sich das Wirtschaftswachstum im Jahre 1963 nochmals verlangsamen wird; es schätzt einen weiteren Rückgang der realen Zuwachsrate des Sozialprodukts auf 2,7 vH voraus. Etwas günstiger sind mit annähernd 3,5 vH die Schätzungen der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute. Eine geringe Abschwächung wird jedoch auch hier angenommen. Tatsächlich spricht die unbefriedigende Auftragslage in der Industrie für diese Annahmen. „Für den allgemeinen Trend der

1) Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 10/1962, S. 623 ff.

2) Die folgenden Angaben beruhen auf den Schätzungen der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sowie des Bundesministeriums für Wirtschaft.

konjunkturellen Entwicklung“, stellte die Bundesbank in ihrem letzten Vierteljahresbericht zur Wirtschaftslage (*Monatsberichte der Deutschen Bundesbank*, Oktober 1962, S. 38) fest, „gewinnt die schon seit langem zu beobachtende Zurückhaltung der Unternehmen bei der Erteilung neuer Investitionsaufträge wachsende Bedeutung. Einmal lassen die Auftragsgänge aus dem Inland bei den Investitionsgüterindustrien erkennen, daß die Unternehmen ihre Bestellungen weiter eingeschränkt haben. Dem Volumen nach waren sie im dritten Quartal um 6 vH niedriger als im Durchschnitt der beiden ersten Quartale; den Stand des gleichen Vorjahreszeitraums unterschritten sie um 2 vH. Schaltet man die in den Gesamtzahlen enthaltenen Bestellungen von Kraftfahrzeugen (die zu einem erheblichen Teil auf Aufträge von Konsumenten zurückgehen) aus, so ergibt sich im Vorjahresvergleich eine Abnahme um 6 vH. Bezeichnend für die Lage bei den typischen Investitionsgüterproduzenten ist, daß sich das Auftragsvolumen im Maschinenbau in den letzten drei Berichtsmo-naten, Juli bis September, gegenüber der entsprechenden Zeit der Jahre 1961 und 1960 um 6 bzw. 20 vH vermindert hat.“

Auch der Oktober 1962<sup>3)</sup>, der für die übrigen Wirtschaftsbereiche ein überraschend gutes Ergebnis aufwies, brachte in der Investitionsgüterindustrie ein Absinken der Auftragsgänge im Vergleich zum Vorjahresstand. Der Wert der in diesem Industriebereich im Oktober 1962 eingegangenen Inlandsaufträge lag nämlich um 4 vH unter dem Niveau vom Oktober 1961, der Maschinenbau erhielt sogar um 15 vH weniger neue Aufträge. Wegen der inzwischen erfolgten Preiserhöhungen war der Rückgang des *Auftragsvolumens* sogar noch größer. Neben dem Maschinenbau ist seit dem letzten Sommer auch der andere große Lieferant von Investitionsgütern, die elektrotechnische Industrie, von einem Rückgang der Inlandsbestellungen betroffen. In beiden Branchen erlauben beträchtliche Auftragspolster zunächst noch eine hohe Produktion. Nach Berechnungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (veröffentlicht in Heft 11/1962 der WWI-Mitteilungen) entsprach im September 1962 der Auftragsbestand im Maschinenbau immerhin noch 5,9 und in der elektrotechnischen Industrie noch 3,9 Monatsproduktionen. Dieser Bestand war höher als 1958, dem Jahr vor Beginn der letzten Hochkonjunktur. Dennoch kann nicht übersehen werden, daß nach der gleichen Untersuchung vom September 1961 bis zum September 1962 die Auftragsreserven im Maschinenbau um annähernd ein Fünftel, in der elektrotechnischen Industrie sogar um fast ein Viertel abgenommen haben. Die Befürchtung der Bundesbank, daß in diesen Branchen „Produktionseinschränkungen drohen, wenn

der Auftragseingang in absehbarer Zeit nicht wieder zunimmt“, ist jedenfalls nicht übertrieben.

In anderen Wirtschaftsbereichen waren die Auftragseingänge demgegenüber einigermaßen zufriedenstellend. Das trifft vor allem für die Verbrauchsgüterindustrie zu, deren Auftragsgänge im 3. Vierteljahr 1962 um 7,7 vH und im Oktober 1962 sogar um 14 vH höher waren als in den gleichen Vorjahreszeiträumen. Die kunststoffverarbeitende und die papierverarbeitende Industrie, die Möbel- und die Bekleidungsindustrie sind in diesem Industriebereich die Spitzenreiter. Die Unternehmen der Grundstoffindustrie konnten insgesamt im 3. Vierteljahr 1962 um 8,2 vH und im Oktober 1962 um 12 vH höhere Aufträge buchen als vor Jahresfrist. Ausstrahlungen der Baukonjunktur begünstigen in diesem Sektor vor allem die Baustoffindustrie. In der *gesamten Industrie* waren die gebuchten Auftragswerte im 3. Vierteljahr 1962 um 4 vH und im Oktober 1962 um 6 vH höher als in der gleichen Vorjahreszeit. Dabei waren bei den Inlandsbestellungen Wachstumsraten von 5,3 vH (3. Vj.) bzw. 6 vH (Oktober) zu verzeichnen gewesen, während die Auslandsaufträge im 3. Vierteljahr um 1,6 vH unter dem Vorjahresstand lagen und nur im Oktober um 7 vH zugenommen hatten.

Die unterschiedliche Nachfrageentwicklung spiegelte sich mit abgemilderten Konturen in der *Industrieproduktion* wider. Am stärksten nahm die Produktion in jenen Branchen und Bereichen zu, in denen die Nachfrage kräftig nach oben gerichtet ist. An der Spitze des Produktionswachstums lag nämlich im 3. Vierteljahr 1962 die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie; ihre Produktion war gegenüber dem 3. Vierteljahr 1961 um 8,9 vH angestiegen, im Monat Oktober 1962 betrug hier die Zuwachsrate 6,7 vH. Den größten Anstieg verzeichneten die Baustoffindustrie, die Chemische Industrie (und hier wieder vor allem die Chemiefasererzeugung) sowie die Mineralölverarbeitung. Der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie folgte die Verbrauchsgüterindustrie mit Jahresraten von 5,2 vH (3. Vj.) bzw. 8,3 vH (Oktober). Die kunststoff- und papierverarbeitende Industrie weisen in diesem Bereich die höchsten Zuwachsraten auf. Die Produktion der Nahrungs- und Genußmittelindustrie nahm — verglichen mit den entsprechenden Vorjahresergebnissen — im 3. Vierteljahr 1962 um 3,9 vH und im Oktober 1962 um 3,5 vH zu. Etwas niedriger lag mit 3,3 vH bzw. 2,9 vH das Wachstum der Investitionsgüterindustrie. Hier stand allerdings einer starken Produktionsausweitung im Fahrzeug-

3) Dieser Bericht wurde am 12. Dezember 1962 abgeschlossen. Eis daliin lagen Angaben über die Auftragslage und die Produktion in der Industrie erst bis zum Oktober 1962 vor.

bau ein schwaches Wachstum in der elektrotechnischen Industrie und gar ein Produktionsrückgang im Maschinenbau gegenüber. Auch im Bergbau ist die Zuwachsrate von 1,5 vH in den Monaten Juli bis Oktober 1962 das Ergebnis gegenläufiger Entwicklungen: Während die Erdölgewinnung um rund ein Zehntel gesteigert werden konnte, stagnierte der Kohlenbergbau, und die Produktion des übrigen Bergbaus ging sogar erheblich zurück. Interessant ist schließlich, daß in den letzten Monaten die Elektrizitätserzeugung um rund ein Zehntel über dem Stand des gleichen Vorjahrszeitraums lag, während die Gaserzeugung um fast 3 vH zurückging.

Im Durchschnitt der *gesamten Industrie* ergibt sich, daß die Produktion in den Monaten Juli bis Oktober 1962 um 5,2 vH höher war als ein Jahr zuvor. Das entspricht dem Produktionswachstum im 2. Vierteljahr 1962, während die Zuwachsrate im 1. Vierteljahr 1962 nur 1,7 vH betragen hatte.

### *Starker Anstieg der Produktivität*

Die Zahl der Industriebeschäftigten lag in den letzten Monaten nur knapp über der entsprechenden Vorjahreszahl, die Summe der geleisteten Arbeiterstunden war sogar um mehr als 3 vH zurückgegangen. Infolgedessen beruhte das Produktionswachstum in der Industrie ausschließlich auf einem sehr starken Produktivitätsfortschritt. Die Produktionsleistung je Arbeiterstunde ist im 3. Vierteljahr 1962 um reichlich 8 vH höher gewesen als im gleichen Vorjahrszeitraum. Dieses erfreuliche Ergebnis ist in erster Linie der Erfolg verstärkter Rationalisierungsbemühungen, bei denen offenbar auch noch vorhandene innerbetriebliche Arbeitskraftreserven besser eingesetzt wurden. Außerdem werden die Arbeitskräfte nicht mehr so stark wie während des Booms gehortet, so daß der Ausgleich von Arbeitskräften zwischen Betrieben und Branchen besser geworden ist.

Gesamtwirtschaftlich betrachtet, verfügen wir dagegen kaum noch über Reserven auf dem Arbeitsmarkt; künftig wird infolgedessen ein verstärkter Anstieg der Produktivität erst recht ausschlaggebend für das weitere Produktionswachstum sein. Die Zahl der abhängig Beschäftigten nahm im Jahre 1960 um 3,2 vH zu, im Jahre 1961 um 2,2 vH und im abgelaufenen Jahr nur um etwa 1,5 vH. Für 1963 rechnet die Bundesbank mit einer Zunahme von nur noch 0,5 vH. Mehr als die Hälfte der 1962 neu in den Arbeitsprozeß eingegliederten Beschäftigten waren Ausländer, deren Zahl damit auf 705 000 Ende September 1962 anstieg.

Aus dem Kreis der arbeitslos gemeldeten Personen kann die Beschäftigtenzahl nicht mehr in nennenswertem Umfang vergrößert werden. Eine Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat ergeben, daß reichlich ein Viertel des Bestandes an Arbeitslosen aus Personen besteht, die zufällig an dem Zähltag arbeitslos sind und schon einige Tage später wieder in eine neue Stelle vermittelt werden können. Dieser Satz an Fluktuationsarbeitslosen wird immer vorhanden sein. Mindestens die Hälfte aller heute noch Arbeitslosen ist aber in ihrer Leistungsfähigkeit eingeschränkt. Ein Teil von ihnen wird durch Maßnahmen der Umschulung und der beruflichen Rehabilitation, für die ein halbes bis ein Jahr erforderlich ist, wieder vermittlungsfähig; während dieser Zeit gelten sie als Arbeitslose. Schließlich waren Ende September 1962 knapp ein Fünftel der Arbeitslosen zugleich Empfänger einer Alters- oder Invalidenrente, die meist aus dem Erwerbsleben ausscheiden wollen und denen noch für einige Zeit Arbeitslosengeld zusteht. Die Untersuchung zeigte außerdem, daß es heute praktisch keine Dauerarbeitslosigkeit gibt: Nur 1994 Personen waren mehr als zwei Jahre arbeitslos.

Ende September 1962 gab es im Bundesgebiet 83 200 und in Westberlin 8135 Arbeitslose. Seitdem ist die Zahl — hauptsächlich wegen des frühen Wintereinbruchs — auf insgesamt 131 356 Personen am 30. November 1962 angestiegen; das waren 3564 mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der gemeldeten unbesetzten Arbeitsplätze hat zwar abgenommen, betrug aber Ende November immer noch knapp 490 000.

### *Gute Baukonjunktur dauert an*

Nach wie vor ist der Arbeitskräftemangel im Baugewerbe besonders groß. Vor allem fehlt es im Ausbaugewerbe an ausreichenden Arbeitskräften. Während der Hoch- und Tiefbau im Laufe eines Jahres 5 vH mehr an Arbeitnehmern gewinnen konnte, betrug z. B. die Zunahme im Baunebengewerbe nur 0,6 vH. Die Schwierigkeiten im Ausbaugewerbe haben dazu geführt, daß der Überhang an genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen bis Ende 1962 auf 800 000 angewachsen ist gegenüber 720 000 Ende 1961. Unter normalen Verhältnissen, vor vier Jahren, betrug der Überhang rund 575 000 Wohnungen; das entsprach der Zahl der in den letzten Jahren durchschnittlich jährlich fertiggestellten Wohnungen. Der Überhang an entweder im Bau begriffenen oder genehmigten, aber noch nicht begonnenen Wirtschaftsbauten und öffentlichen Hochbauten betrug Ende 1962 rund das Anderthalbfache der Fertigstellungen des

Jahres 1961. Mit Recht stellt deshalb das Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung in seinem letzten *Vierteljahresbericht* die „dringende Frage, ob nicht doch, noch mehr als bisher, nach geeigneten neuen technischen und technisch-organisatorischen Möglichkeiten gesucht werden muß, um auch bei den Ausbaurbeiten zu einer größeren Arbeitsergiebigkeit und damit zu einem rascheren Ablauf der Arbeiten zu kommen, der sich auch auf die Preise günstig auswirkt. Gegebenenfalls müßte erwogen werden, im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die vorhandenen und überlasteten Kapazitäten der heimischen Ausbaugewerbe durch Heranziehung geeigneter ausländischer Firmen zu ergänzen. Ohne eine weitere fühlbare Leistungssteigerung in den Ausbaugewerben wird die Diskrepanz in der Leistung und Leistungsentwicklung zwischen Rohbau und Ausbau nicht vermindert werden können“.

Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen dürfte in erster Linie aus diesen Gründen 1962 nicht ganz das Ergebnis von 1961 erreicht haben, in den ersten neun Monaten 1962 war eine Abnahme um 2 vH festzustellen gewesen. Die Baugenehmigungen für Wohnungen bewegen sich zur Zeit knapp auf der Vorjahrshöhe. Im Wirtschaftsbau gehen die Bauaufträge infolge der nachlassenden Investitionsbereitschaft der Unternehmer und der Verlagerung des Schwergewichts der Investitionsziele zur Rationalisierung zurück. Dagegen hat die Nachfrage der öffentlichen Hand nach Hoch- und Tiefbauleistungen weiterhin beachtlich zugenommen. Der Tiefbau gewinnt überhaupt sowohl bei den erbrachten Bauleistungen als auch im Rahmen der Nachfrage nach Bauten an Bedeutung. In diesem Zweig sind allerdings noch Kapazitätsreserven vorhanden, so daß Maßnahmen und Vorschläge, die auf eine Beschränkung der Nachfrage nach Tiefbauleistungen hinzielen, wirklichkeitsfremd sind.

#### *Haushaltspolitik des Bundes ist nicht konjunkturgerecht*

Solche Absicht ist leider dem *Regierungsentwurf des Bundeshaushaltsplanes für 1963* zu entnehmen. In der Regierungsvorlage ist der Ansatz für den Bundesstraßenbau mit 2,37 Md. DM unverändert geblieben, obwohl nicht nur der im ganzen unzureichende Zustand unserer Straßen, sondern auch der 1963 beginnende zweite Vierjahresplan für den Bundesstraßenbau eine erhebliche Erhöhung der Mittel erfordert hätte. Die Bundesregierung sieht dieses „Maßhalten“ im Straßenbau, wie überhaupt ihren in der Regierungsvorlage bekundeten Willen, auf die Erfüllung dringender ziviler Aufgaben zu verzichten, als „Ausdruck einer konjunkturgerechten Haus-

haltspolitik“ an. Der Regierungsentwurf entspricht in dieser Konzeption jedoch allenfalls der Hochkonjunktur der Jahre 1960 und 1961, keinesfalls aber der inzwischen veränderten Situation oder gar der für das Jahr 1963 zu erwartenden Konjunktorentwicklung. Heute, wo wichtige Auftriebskräfte erlahmen und das wirtschaftliche Wachstumstempo nachgelassen hat, „würden die konjunkturellen Perspektiven eher ein rascheres Wachstum der Staatsausgaben verlangen als lediglich ihre Weiterentwicklung im bisherigen Tempo, geschweige denn eine Halbierung ihrer Zunahme“, stellt mit Recht das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (in seinem *Wochenbericht* vom 19. Oktober 1962) fest.

Um nicht mißverstanden zu werden: Niemand erwartet 1963 eine Stagnation oder gar eine Krise, zu deren Bekämpfung zusätzliche, durch Haushaltsdefizite zu finanzierende öffentliche Ausgaben erforderlich wären. Nicht von der Hand zu weisen ist aber die Gefahr einer weiteren Abschwächung des Wachstumstempos, und zwar erheblich unter das wünschbare und mögliche Maß. In dieser Lage und bei diesen Aussichten auf dringende öffentliche Ausgaben zu verzichten, ist nicht gerechtfertigt. Es ist nach Ansicht des *Hamburger Weltwirtschaftsarchivs* „Sparsamkeit zur falschen Zeit“.

Die Sparmaßnahmen betreffen auch, wie bereits erwähnt, nur den zivilen Sektor. Die *zivilen Ausgabenansätze* werden insgesamt um 4,8 vH heraufgesetzt, und die *Sozialausgaben* sogar nur um 1,9 vH. Demgegenüber steigen die *Verteidigungsausgaben* um 12,3 vH auf 18,4 Md. DM an, und der Bundesfinanzminister hat bereits einen weiteren Bedarf von rund 1,5 Md. DM angekündigt. Indessen entfallen schon ohne diesen zusätzlichen Bedarf von den 3,7 Md. DM an Mehrausgaben gegenüber 1962 reichlich 2 Md. DM auf die militärische Verteidigung. -Insgesamt betragen die *eigentlichen Haushaltsausgaben des Bundes* nach dem Planentwurf 55,06 Md. DM, zuzüglich der Abführung der lediglich für den Lastenausgleichsfonds eingenommenen Lastenausgleichsabgaben die *Gesamtausgaben* 56,8 Milliarden D-Mark.

Tatsächlich wird aber mit erheblich höheren Gesamtbeträgen zu rechnen sein, denn auf den Bundeshaushalt kommen verschiedene zusätzliche Ausgaben zu, die noch nicht im Regierungsentwurf berücksichtigt worden sind. Andererseits ist es noch völlig offen, ob die Bundes-einnahmen ohne Steuererhöhungen überhaupt die vorgesehene Höhe erreichen werden.

#### *Fragwürdiges Stabilisierungsprogramm*

Der Bundeshaushalt sollte ein „Haushalt der Sparsamkeit“ und das Kernstück des wirtschaft-

lichen Stabilisierungsprogramms sein, das die 4. Regierung Adenauer am 9. Oktober 1962 vorgelegt hatte. Diese Absicht ist durch die tatsächliche Entwicklung vereitelt worden. Von den sonstigen vorgeschlagenen Maßnahmen zielen eine zweijährige Aussetzung der Steuerbegünstigung des § 7b Einkommensteuergesetz für den Mietwohnungsbau ebenso wie die Kürzung der Wohnungsbau Mittel des Bundes und eine Sperre über 20 vH der veranschlagten Wohnungsbau Mittel darauf hin, die Baunachfrage einzuschränken. Ob hierbei etwas anderes als höhere Baupreise und Mieten herauskommen wird, ist zweifelhaft. Besser sind jedenfalls die Vorschläge aus dem Programm, durch die das Angebot auf dem Bauprogramm vergrößert werden soll: Förderung des kontinuierlichen Bauens durch verstärkte Vergabe öffentlicher Aufträge in den Wintermonaten sowie durch die Auf-

stellung von Zweijahresplänen für Bauvorhaben des Bundes. Beseitigung von Einfuhrerschwernissen für Fertighäuser und Baufertigteilen.

Im übrigen waren die Vorschläge der Bundesregierung so unbestimmt, daß man darüber nicht viel Worte verlieren sollte. Interessant war allenfalls noch die Ankündigung, daß die Bundesregierung vorsieht, für 1963 einen Wirtschaftsbericht zu erstellen. Das dürfte freilich das äußerste dessen sein, was von einem *Wirtschaftsminister* zu erwarten ist, der bereits die Bemühungen der gewiß nicht planwirtschaftlicher Ideen verdächtigen EWG-Kommission, zu einer planvollen, koordinierten Wirtschaftspolitik im Gemeinsamen Markt zu gelangen, für einen gefährlichen Vorstoß gegen marktwirtschaftliche Grundsätze hält.

*Günter Pehl*